

Anlage B.01: Rahmenvereinbarung – Los 1

**über die BGM – Prozess- und Organisationsberatung und Begleitung von
Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen
auf Grundlage des Leitfadens Prävention nach § 20b SGB V**

zwischen

den Ersatzkassen

- Techniker Krankenkasse (TK)
- BARMER
- DAK-Gesundheit
- Kaufmännische Krankenkasse – KKH
- Handelskrankenkasse (hkk)
- HEK - Hanseatische Krankenkasse

gemeinsamer Bevollmächtigter mit Abschlussbefugnis:

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Askanischer Platz 1, 10963 Berlin, vertreten durch die
Vorstandsvorsitzende Ulrike Elsner,

– nachfolgend „Auftraggeber“ –

und

Firmenbezeichnung

Anschrift

ggf. Vertretungsverhältnisse

– nachfolgend „Auftragnehmer“ –

§ 1 Gegenstand der Rahmenvereinbarung

- (1) Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung ist die Konzeption eines umfassenden Beratungsansatzes zur gesundheitsfördernden Organisationsentwicklung und die Durchführung der Prozessberatung in (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern nach den Förder- und Qualitätskriterien des Leitfadens Prävention gemäß § 20b i. V. m. § 20 SGB V. Auf Grundlage dieses Beratungsansatzes sollen die vorgenannten Einrichtungen ganzheitlich beraten werden und Beschäftigte sowie Führungskräfte von (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern in ihrer Arbeit durch betriebliche Gesundheitsförderung unterstützt werden. Zielstellung ist es, die vorgenannten Einrichtungen in einem ganzheitlichen Prozess zu beraten und die Einführung bzw. Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) zu erreichen. Die Beratungen in den Einrichtungen sind vorrangig als Beratungen in physischer Präsenz durchzuführen. Im Einzelfall können einzelne Beratungstermine auch in digitaler Form bzw. in einem Online-Format durchgeführt werden.
- (2) Das von der Rahmenvereinbarung umfasste Volumen an Beratertagen und der Umfang der Abrufverpflichtung ergeben sich für alle Vertragspartner dieser Rahmenvereinbarung aus der Leistungsbeschreibung, hier insbesondere Abschnitt C.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, ihm erteilte Einzelaufträge anzunehmen und nach Maßgabe dieser Rahmenvereinbarung und ihrer Anlagen auszuführen.
- (4) Die Rahmenvereinbarung begründet keine Exklusivität zugunsten der Auftragnehmer. Ein Anspruch darauf, dass der Auftraggeber sämtliche während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung im Bereich des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) anfallenden Leistungen der Prozess- und Organisationsberatung ausschließlich über die Auftragnehmer dieser Rahmenvereinbarung beauftragt, besteht nicht. Der Auftraggeber ist berechtigt, gleichartige Leistungen auch an Dritte zu vergeben oder durch eigenes Personal erbringen zu lassen.
- (5) Soweit im Folgenden oder auch an anderen Stellen des Vertrages nur die männliche Form von Funktionsbezeichnungen verwendet wird, geschieht dies ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit.

§ 2 Vertragsbestandteile

Vertragsbestandteile sind

- dieser Vertrag einschließlich seiner Anlagen,
- der beantwortete Bieterfragenkatalog aus dem vorangegangenen Vergabeverfahren in seiner letzten an die Bieter übermittelten Fassung,
- die Vergabeunterlagen aus dem vorangegangenen Vergabeverfahren,
- Teilnahmeantrag und Angebot des Auftragnehmers im vorangegangenen Vergabeverfahren,
- der Leitfaden Prävention nach § 20b i. V. m. § 20 SGB V (**Anlage B.03**),
- ergänzend die Vertragsbedingungen über die Ausführung von Leistungen (VOL/B),
- die Vorschriften der §§ 53 ff SGB X,
- die Regelungen des BGB.

Bei Widersprüchen untereinander gelten die Vertragsbestandteile in der vorstehenden Reihenfolge, bei Lücken gilt das in der Reihenfolge nachrangig Vereinbarte, wenn nicht ausdrücklich eine andere Regelung festgelegt ist.

§ 3 Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Der Abruf der jeweils einrichtungsbezogenen Beratungsleistung erfolgt durch einen Einzelauftrag des Auftraggebers.
- (2) Der Auftragnehmer hat im Falle der Einzelbeauftragung die in der Leistungsbeschreibung (Teil B der Vergabeunterlagen) genannten Leistungen mit den durch den Einzelauftrag jeweils bestimmten und konkretisierten Inhalten und Vorgaben zu erbringen.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zu einer fachgerechten und gewissenhaften, dem jeweiligen Stand der Wissenschaft und den konkreten Anforderungen des Einzelprojektes entsprechenden Umsetzung.
- (4) Der Auftragnehmer hat seinen Beratungsansatz im Projektverlauf an die Ergebnisse und Erkenntnisse aus Forschungs- und Entwicklungsprojekten des Auftraggebers, die dieser während der Vertragslaufzeit gewinnt, in Abstimmung mit diesem anzupassen und hieraus entwickelte Analyseinstrumente in die Beratung nach Abstimmung mit dem Auftraggeber einzubinden. Soweit hierfür besondere Qualifikationen und Fortbildungen der durch den Auftragnehmer eingesetzten Beratungspersonen erforderlich sind oder wer-

- den, verpflichtet sich der Auftragnehmer, die eingesetzten Beratungspersonen entsprechend qualifizieren zu lassen. Die unmittelbaren Kosten dieser Qualifizierung trägt der Auftraggeber, der Auftragnehmer wird seinerseits für die Teilnahme der Beratungspersonen keine Kosten (z. B. Zeitaufwand, etwaige Reisekosten) berechnen.
- (5) Der Auftragnehmer hat in den Beratungsprozess die durch den Auftraggeber entwickelten bzw. mitentwickelten Instrumente WAI-Pflege und WAI-Klinik einzubeziehen, § 3 Abs. 4 gilt entsprechend.
 - (6) Der Auftragnehmer beachtet bei der Erbringung der Leistungen die Vorgaben des Leitfadens Prävention des GKV-Spitzenverbandes zur Umsetzung der § 20b i. V. m. § 20 SGB V. Die diesbezüglichen Rahmenvorgaben des Leitfadens Prävention sind – unter Einbezug der Auftraggeber – sowohl bei der Konzeption und Ausarbeitung des Beratungsansatzes als auch bei der Durchführung der Prozessberatung und Maßnahmenplanung zu berücksichtigen. Des Weiteren hat der Auftragnehmer etwaige Änderungen oder Fortschreibungen des Leitfadens Prävention sowie der diesbezüglichen Rahmenvorgaben, die während der Projektlaufzeit wirksam werden und sich auf die Projekthalte auswirken können, zu berücksichtigen.
 - (7) Ein Bestandteil des Gesundheitsförderungsprozesses ist die Umsetzung von verhaltens- und verhältnisspezifischen Maßnahmen auf der Grundlage der durch den Auftragnehmer in der Analysephase gewonnenen Erkenntnisse. Der Auftragnehmer leitet hieraus Maßnahmenbedarfe ab und empfiehlt dem Auftraggeber entsprechende Maßnahmen. Die Entscheidung über die Umsetzung dieser Maßnahmen obliegt dem Auftraggeber und wird im Regelfall durch von ihm beauftragte Dritte erbracht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese Maßnahmen in den Beratungsprozess im Verständnis einer ganzheitlichen Organisationsberatung zu integrieren.
 - (8) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zur Sicherstellung einer termingerechten Durchführung der ihm erteilten Einzelaufträge jederzeit eine ausreichende Anzahl von Beschäftigten, die über die erforderliche Qualifikation und persönliche Eignung im Sinne von § 7 verfügen, vorzuhalten. Der Auftragnehmer hat in diesem Zusammenhang für die gesamte Vertragslaufzeit durchgängig mindestens 10 festangestellte Personen mit Erfahrungen in der Prozess- und Organisationsberatung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von jeweils mindestens 15 Stunden zu beschäftigen und sicherzustellen, dass diese zur Auftrags Erfüllung eingesetzt werden.
 - (9) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Projekt angemessen zu dokumentieren und den Auftraggeber auf Anfrage über den aktuellen Projektstand zu unterrichten. Näheres hierzu regelt die Leistungsbeschreibung.
-

- (10) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem vdek auf Verlangen alle projektbezogenen Informationen zur Verfügung zu stellen, die dieser zur Berichterstattung gegenüber den Mitgliedskassen, zum Mittelabruf und sonstiger Dokumentation benötigt.
- (11) Der Auftragnehmer ist zu einer Zusammenarbeit mit den vom Auftraggeber zur Evaluation beauftragten Dritten verpflichtet. Er wird diesen alle für die Evaluation notwendigen Auskünfte erteilen.
- (12) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die jährlich durchzuführende Dokumentation der Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen des Präventionsberichts des GKV-Spitzenverbandes durchzuführen.
- (13) Die Vertragsparteien vereinbaren zu Beginn der Laufzeit der Rahmenvereinbarung Art und Umfang eines regelhaften Austausches über den Fortschritt des Projektverlaufs. Die Art und Weise sowie die Intensität des Austausches kann während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung in gegenseitigem Einvernehmen angepasst werden. Die Vorgaben in der Leistungsbeschreibung zu Kommunikationsformaten und -frequenzen sind mindestens einzuhalten.
- (14) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zur Sicherstellung eines gemeinsamen Verständnisses vom Auftragsinhalt und eines einheitlichen Beratungsverständnisses an einem sog. Auftaktworkshop, den der Auftraggeber vor der Leistungsaufnahme durchführt, teilzunehmen. Alle weiteren verpflichtend vorgesehenen Kommunikationsformate insbesondere zur Verstetigung und Weiterentwicklung der Arbeit sowohl in den einzelnen Projekten als auch projektübergreifend sind in der Leistungsbeschreibung (Teil B der Vergabeunterlagen) geregelt.
- (15) Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der jeweiligen Einzelaufträge die Vorgaben des Auftraggebers zur Wahrung des Corporate Designs (MEHRWERT:PFLEGE) zu beachten. Näheres hierzu regelt die Leistungsbeschreibung.
- (16) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Vorgaben seines Konzeptes zum Klima und zur Nachhaltigkeit bei der Leistungsausführung und in seinem Betrieb umzusetzen und dies dem Auftraggeber bei Anforderung nachzuweisen.
- (17) Soweit eine gesetzliche Verpflichtung des Auftragnehmers zur Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts besteht, ist dieser dem Auftraggeber in der zuletzt erstellten Fassung und im Übrigen in der während der Vertragslaufzeit jeweils aktualisierten Fassung unverzüglich nach Zuschlagserteilung bzw. nach jeder während der Vertragslaufzeit erfolgenden Aktualisierung vorzulegen.

§ 4 Abruf und Ausführung der Einzelaufträge

- (1) Der Auftraggeber benennt die durch den Auftragnehmer zu beratende Einrichtung. Die Auftragserteilung erfolgt in Textform. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Anschluss an die Auftragserteilung unverzüglich mit der zu beratenden Einrichtung Kontakt aufzunehmen, sofern der Auftraggeber keine anderslautenden Angaben zur Verfügbarkeit der Einrichtung übermittelt hat. Eine erste Terminoption für das Erstgespräch ist der Einrichtung spätestens vier und eine zweite Terminoption spätestens sechs Wochen nach Auftragserteilung anzubieten.
- (2) Auf die Auftragserteilung folgt eine durch den Auftragnehmer unter Beteiligung der Einrichtung vorzunehmende einrichtungsspezifische Feinabstimmung, um das Projektvolumen und den Ressourceneinsatz auf Basis von Beratertagen zu bestimmen. Das Ergebnis ist eine Projektskizze, die Art, Umfang der benötigten Beratertage und Zeitpunkt der organisationsspezifischen Beratungsleistung beschreibt. Die Beteiligung des vdek an diesen Gesprächen wird je Einrichtung individuell vereinbart.
- (3) Art, Umfang und Zeitpunkt der organisationsspezifischen Beratungsleistung werden mit dem Auftraggeber im Anschluss an die Feinabstimmung und auf Grundlage der Projektskizze gemäß Abs. 2 abgestimmt. Das Ergebnis dieser Abstimmung und die sich daraus ergebende Kostenkalkulation nach Beratertagen werden Bestandteil des jeweiligen Einzelauftrags. Ein Zyklus im betrieblichen Gesundheitsförderungsprozess umfasst in der Regel 18 bis 24 Monate.
- (4) Der Auftragnehmer hat die einzusetzenden Fachberater:innen mit dem Auftraggeber projektbezogen rechtzeitig abzustimmen, damit der Auftraggeber die Qualifikation und Eignung nach Maßgabe von § 7 dieser Rahmenvereinbarung prüfen kann. Der Auftraggeber ist berechtigt, die für das Projekt vorgesehenen Fachberater:innen abzulehnen, wenn hierfür ein sachlicher Grund besteht. Der Auftraggeber ist außerdem berechtigt, bei Bestehen eines sachlichen Grundes vom Auftragnehmer den Austausch des / der in der jeweiligen Einrichtung eingesetzten Fachberaters / Fachberaterin zu verlangen.
- (5) Bei der Auswahl des mit einer Beratungsleistung jeweils zu beauftragenden Partners der Rahmenvereinbarung richtet sich der Auftraggeber nach den folgenden Kriterien.
 - a) Ausschluss von Dienstleistern durch die Vorgabe einer Einrichtung
Der vdek berücksichtigt einrichtungsspezifische Vorgaben und Restriktionen zu der Auswahl und dem Einsatz von Dienstleistern, soweit diese objektivierbar sind und auf sachlichen Erwägungen beruhen. Hieraus können sich Beschränkungen oder Ausschlüsse bei der Erteilung eines konkreten Einzelauftrags ergeben. solche Vorgaben bzw. Restriktionen können insbesondere die Ablehnung einer Beratungsfunktion bzw. eines Auftragnehmers durch die zu beratende Einrichtung oder die ausdrückliche Vorgabe einer zu beratenden Einrichtung zur Zusammenarbeit mit

einem bestimmten Auftragnehmer z. B. wegen einer bislang anderweitig bereits erfolgten Zusammenarbeit sein.

- b) **Sicherstellung der Beratung aus einer Hand bei Einrichtungen eines Trägers**
Gehören mehrere Einrichtungen demselben Träger an und haben damit eine gemeinsame übergeordnete Struktur, wird die Zusammenarbeit zunächst mit dem ausgewählten Rahmenvereinbarungspartner in Einrichtungen des Trägers pilotiert. In einem nächsten Schritt wird MEHRWERT:PFLEGE dann in den weiteren Häusern desselben Trägers umgesetzt. Dies führt im Regelfall dazu, dass die Beratung aller Einrichtungen desselben Trägers durch denselben Dienstleister des Auftraggebers erfolgt, um ein einheitliches Beratungskonzept realisieren zu können. Die in den Häusern gewonnenen Erkenntnisse können damit in die Organisationsberatung der weiteren Einrichtungen des Trägers integriert werden und somit den bedarfsspezifischen Beratungsansatz optimieren.
- c) **Einrichtungsart und -größe**
Die BGM-Prozess- und Organisationsberatung richtet sich an Krankenhäuser und (teil-) stationäre Pflegeeinrichtungen. Die genannten Einrichtungsformen unterscheiden sich u. a. in ihrem Komplexitätsgrad hinsichtlich ihrer Ablauf- und Aufbauorganisation, ihren Führungsstrukturen und dem Prozessmanagement. Zudem unterscheiden sich die Themenschwerpunkte in der Beratung. Die Einrichtungsart und -größe entscheidet über die Anforderungen des Beratungs- und Organisationsansatzes. Demgemäß müssen die Beratungserfahrungen und das Beratungskonzept zu den Bedarfen und Anforderungen der Einrichtungen passen. Dies wird im Einzelfall bei der Auswahl der Rahmenvertragspartner für den Einzelabruf berücksichtigt.
- d) **Organisationsgüte und –reife der zu beratenden Einrichtung / BGM-Vorerfahrung**
Die Vergabe von Einzelaufträgen basiert auf einem Austausch zwischen dem Auftraggeber und der jeweiligen Einrichtung. Dieser dient der Feststellung des Verständnisses und der Vorerfahrungen im BGM bzw. der gesundheitsfördernden Organisationsentwicklung und liefert Erkenntnisse zum Reifegrad der Einrichtungen hinsichtlich des BGM. Daraus leiten sich die jeweiligen Anforderungen an den allgemeinen Prozess der Organisationsentwicklung und deren Einstiegsebene ab. Der Auftraggeber wird diese Anforderungen mit den Qualifikationsprofilen der Rahmenvertragspartner abgleichen und bei der Auswahl für die Einzelabrufe berücksichtigen.

- e) Passgenauigkeit / Kompatibilität zwischen dem Beratungsbedarf der Einrichtung und dem Beratungskonzept des Dienstleisters
- Die Beratung orientiert sich am betrieblichen Gesundheitsförderungsprozess. Im Rahmen dieses Prozesses setzen die Berater:innen zum Beispiel unterschiedliche Instrumente ein, um den BGM-Bedarf der Einrichtung zu erheben. Daher prüft der Auftraggeber vor Vergabe des Einzelauftrages, ob die Ziele der Einrichtung zu dem Beratungsansatz und –konzept sowie zu den eingesetzten Methoden und Verfahren des Auftragnehmers passen und legt dies seiner Auswahlentscheidung zu Grunde

Der Auftraggeber wird unter vorrangiger Berücksichtigung der Kriterien a) und b) sowie im Übrigen unter Berücksichtigung der weiteren genannten Kriterien im Einzelfall und einrichtungsbezogen den bestgeeigneten Rahmenvertragspartner beauftragen und die Entscheidungsgründe intern in Textform hinterlegen und sämtlichen Rahmenvertragspartnern auf Anforderung zugänglich machen. Wenn nach diesen Kriterien mehrere Rahmenvertragspartner in gleicher Weise qualifiziert und geeignet sind, entscheidet über die Reihenfolge und Häufigkeit der Beauftragung das Ergebnis der Wertung aus dem Verhandlungsverfahren für das jeweilige Los

§ 5 Beauftragung Dritter (Unterauftragnehmer / Nachunternehmer)

- (1) Der Auftragnehmer ist nur im nachstehenden Umfang berechtigt, im Rahmen seiner Leistungen Unterbeauftragungen an fachlich geeignete Leistungsanbieter zu erteilen. Die vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers und dessen Verantwortlichkeiten gegenüber dem Auftraggeber bleiben hiervon unberührt.
 - (2) Die Erteilung von Unteraufträgen darf nur erfolgen, wenn die vorgesehenen Unterauftragnehmer bereits im Vergabeverfahren hinsichtlich der Rahmenvereinbarung genannt und durch den Auftraggeber nicht abgelehnt worden sind oder ihre Einbeziehung im Zuge der Konzeptionierung des Einzelauftrages mit dem Auftraggeber ausdrücklich in Textform vereinbart worden ist.
 - (3) Im Übrigen darf die nachträgliche Einbindung von Unterauftragnehmern nur dann erfolgen, wenn ansonsten die Erbringung der geschuldeten Leistungen nicht oder nicht sachgerecht erbracht werden könnte (insbesondere bei unvorhersehbaren Ausfällen von Fachberater:innen). Hierfür ist der Auftragnehmer darlegungs- und beweispflichtig.
 - (4) In jedem Fall darf der Auftragnehmer Unterauftragnehmer, die nicht bereits im Vergabeverfahren benannt worden waren, nur mit einer in Textform zu erklärenden Zustimmung des Auftraggebers einbinden. Zum Zwecke der Einholung der Zustimmung hat der Auftragnehmer den Vertragsentwurf und den Namen des Unterauftragnehmers mitzuteilen.
-

Die Verweigerung der Zustimmung durch den Auftraggeber bedarf einer sachlichen Begründung. Sachliche Gründe sind insbesondere begründete Zweifel an der Fachkompetenz, der Leistungsfähigkeit oder der Zuverlässigkeit des vorgesehenen Unterauftragnehmers oder die Gefährdung der Einhaltung des vereinbarten Zeitplans.

- (5) Die Beauftragung Dritter erfolgt unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Unterauftragnehmer in dem Umfang datenschutzrechtlich zu verpflichten, wie dieser für ihn selbst gilt. Auch für etwaige Datenschutzverletzungen des Unterauftragnehmers haftet der Auftragnehmer.
- (6) Der Auftragnehmer hat bei der Vergabe von Unteraufträgen die ihm auferlegten Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung und des jeweiligen Einzelauftrages sinngemäß an seine Unterauftragnehmer weiterzugeben. Ferner hat er sicherzustellen, dass der Unterauftragnehmer den ihm selbst obliegenden Verpflichtungen aus diesem Vertrag nachkommen kann. Dies ist dem Auftraggeber auf Anforderung unverzüglich nachzuweisen.
- (7) Soweit der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen ist, soll deren Anzahl 15 Nachunternehmer möglichst nicht übersteigen.

§ 6 Projektleitung und Projektmanagement

- (1) Die im Vergabeverfahren benannte Projektleitung ist zentrale Ansprechperson des Auftraggebers für alle Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung der Rahmenvereinbarung und der Einzelaufträge. Ein Austausch der im Vergabeverfahren benannten Projektleitung und der stellvertretenden Projektleitung ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
 - (2) Steht die im Vergabeverfahren benannte Projektleitung dem Auftragnehmer während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung aus vom Auftragnehmer nicht zu vertretenden Gründen nicht zur Verfügung (Urlaub, Krankheit, Kündigung u. ä.), so ist der Auftragnehmer ausnahmsweise berechtigt, dem Auftraggeber eine andere Projektleitung und / oder Stellvertretung zu benennen. Diese muss über eine vergleichbare Qualifikation verfügen wie der vom Auftragnehmer im Vergabeverfahren benannte Projektleitung und / oder Stellvertretung. Dies ist vom Auftragnehmer unaufgefordert mit der Benennung und vor dem Austausch der jeweiligen Personen nachzuweisen. Der Auftraggeber kann die Person der ersatzweise benannten Projektleitung und / oder stellvertretenden Projektleitung aus sachlichen Gründen ablehnen, dann ist durch den Auftragnehmer eine andere Projektleitung vorzuschlagen, für deren Einsatz dann das Procedere entsprechend gilt.
 - (3) Der Auftragnehmer ist auch im Übrigen verpflichtet, Änderungen bei dem in der Beratung eingesetzten Personal unverzüglich in Textform anzuzeigen.
-

§ 7 Qualifikation und persönliche Eignung der Fachberater:innen

- (1) Alle zum Einsatz kommenden Fachberater:innen erfüllen die Qualifikationsanforderungen des Leitfadens Prävention und verfügen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium in den Fachrichtungen Public Health, Gesundheitswissenschaften, Gesundheitsmanagement, Psychologie oder Erziehungswissenschaften mit mindestens dreijähriger Beratungspraxis im BGM. Gleichwertig ist ein abgeschlossenes Studium der Sozial- oder Sportwissenschaften, sofern dieses einen gesundheitsbezogenen Schwerpunkt aufweist und ebenfalls eine mindestens dreijährige Beratungspraxis im BGM besteht.
- (2) Grundlage des Beratungsverständnisses ist der Ansatz der systemischen Organisationsberatung. Die Fachberater:innen verfügen über Beratungs- und Methodenkompetenz zur Umsetzung des BGM-Prozesses von der Analysephase bis zur Evaluation. Die Mindestanforderungen an die Qualifikation bezüglich der systemischen Beratung sind in den Verfahrensbedingungen geregelt.
- (3) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die einzusetzenden Fachberater:innen während der gesamten Dauer ihres projektbezogenen Einsatzes über die nach der im Zeitpunkt des Einsatzes in den zu beratenden Einrichtungen jeweils geltenden Gesetzes- und Verordnungslage erforderlichen Gesundheitsnachweis und Impfstatus) verfügen und dies dem Auftraggeber im Rahmen der Abstimmung der einzusetzenden Fachberater:innen nach § 4 Abs. 4 im Bedarfsfall zu bestätigen. Sollten sich während der Vertragslaufzeit im Hinblick auf die Gewährleistung des Gesundheits- und Infektionsschutzes in den durch den Auftragnehmer zu beratenden Einrichtungen Anforderungen ändern, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese Änderungen umzusetzen und die eingesetzten Fachberater:innen erforderlichenfalls auszutauschen. Kann der Auftragnehmer die sich aus diesem Absatz ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllen, gilt die Rechtsfolge des Abs. 4 Satz 3 entsprechend.
- (4) Die in Abs. 1 und 2 festgelegten Anforderungen an die Mindestqualifikation sind grundsätzlich während der gesamten Laufzeit der Rahmenvereinbarung durchgängig zu erfüllen. Kann der Auftragnehmer im Einzelfall die in Abs. 1 und 2 festgelegten Anforderungen an die Mindestqualifikation nicht erfüllen, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Der Auftraggeber fordert sodann den Auftragnehmer zu einer angemessenen Reduzierung des vereinbarten Beratertagesatzes (§ 10 Abs. 2 Satz 1) auf. Kommt hierüber keine Einigung zustande, ist der Auftraggeber berechtigt, den betroffenen Einzelauftrag fristlos zu kündigen, § 16 Abs. 6 Satz 4 findet in diesem Fall keine Anwendung.

§ 8 Neutralität der Beratung / Scientology-Schutzklausel

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zu einer wirtschaftlich und weltanschaulich und religiös neutralen Beratung. Nicht neutral sind insbesondere Beratungen, mit denen über das Beratungshonorar hinaus weitergehende wirtschaftliche Interessen des Auftragnehmers oder durch der durch ihn eingesetzten Fachberater:innen verbunden sind. Insbesondere ist im Zusammenhang mit der Beratung jegliche Vermittlungs- oder Verkaufstätigkeit zu unterlassen. Beabsichtigt der Auftragnehmer, mit dem zu beratenden Einrichtungsträger während der Projektlaufzeit oder innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr nach Abschluss des Projektes die Erbringung von Leistungen zu vereinbaren, die über die Erfüllung des ihm erteilten, projektbezogenen Einzelauftrages hinausgehen, bedarf dies der vorherigen Zustimmung durch den Auftraggeber. Die Zustimmung ist zu erteilen, sofern durch die Erbringung weiterer Leistungen die Erreichung der Projektziele gefördert wird, erreichte Projektziele nicht konterkariert werden und die Leistungen nicht in Konkurrenz oder im Widerspruch zu den nach § 3 Abs. 4 umzusetzenden Maßnahmen stehen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich sicherzustellen, dass die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Fachberater:innen bei der Erfüllung ihres Auftrags nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten. Er nimmt zur Kenntnis, dass der Auftraggeber bei einem Verstoß berechtigt ist, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.
- (3) Interessenkonflikte sind auszuschließen. Ein Interessenkonflikt besteht bei Personen, die im Zuge der Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung oder der Einzelaufträge beteiligt sind und die ein direktes oder indirektes finanzielles, wirtschaftliches Interesse haben, das ihre Neutralität im Rahmen der Beratungstätigkeit beeinträchtigen könnte. Unzulässig ist insbesondere jede Form der Werbung für eigene Produkte und Dienstleistungen sowie für Produkte und Dienstleistungen Dritter sowie das Werben um Folgeaufträge bzw. die Vermittlung von Folgeaufträgen an Dritte.
- (4) Bestehende oder drohende Interessenkonflikte sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

§ 9 Ansprechpartner des Auftragnehmers, Kommunikation

- (1) Ansprechpartner des Auftragnehmers für alle das Projekt betreffenden Fragen sowie Fragen zur Ausführung und Erfüllung dieses Vertrages ist der vdek. Die Abgabe und Entgegennahme rechtsgeschäftlicher Erklärungen mit Wirkung für und gegen den Auftraggeber erfolgt ausschließlich durch den vdek.

- (2) Die Vertragspartner verpflichten sich zu einer fairen, transparenten und wertschätzenden Kommunikation miteinander. Jegliche Außendarstellung erfolgt sachlich und neutral unter Nennung aller Auftragsbeteiligten. Verlautbarungen über Inhalte und Erfolge eines Projektes sind vorab wie in Abs. 3 geregelt abzustimmen.
- (3) Für die externe Kommunikation im Zusammenhang eines Projektes gelten die nachfolgenden Regelungen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, Informationen im Zusammenhang mit dem Projekt nicht ohne schriftliche Zustimmung des vdek zu veröffentlichen. Daher verpflichtet sich der Auftragnehmer, etwaige Manuskripte, Entwürfe für Präsentationen oder sonstige Medien (z. B. Videos, Reels), die z. B. zum Zweck der Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen sind, dem vdek mindestens **zwei Wochen** vor Veröffentlichung zur Prüfung vorzulegen. Soweit der vdek binnen **10 Tagen** nach Eingang dieser Unterlagen und einem entsprechenden Hinweis auf den Lauf dieser Frist mitteilt, dass er durch die Veröffentlichung seine Geheimhaltungsinteressen bzw. die der durch ihn vertretenen Ersatzkassen berührt sieht, wird der Auftragnehmer die Veröffentlichung unterlassen oder aber die nach Mitteilung des vdek geheimhaltungsbedürftigen Informationen herausnehmen. Die Zustimmung zur Veröffentlichung gilt allerdings als erteilt, wenn sich der vdek innerhalb der vorstehend genannten Frist gegenüber dem Auftragnehmer nicht geäußert hat. Die Verbreitung nicht freigegebener Veröffentlichungen ist durch den Auftragnehmer unverzüglich zu beenden, eine weitere Veröffentlichung hat zu unterbleiben und die entsprechenden Materialien, Dateien etc. sind zu vernichten und Verlinkungen auf Webseiten sowie in Sozialen Medien zu löschen. Die Kosten hierfür trägt der Auftragnehmer. Ebenso hat der Auftragnehmer die vergebens aufgewendeten Produktions- und Herstellungskosten für nicht freigegebene Veröffentlichungen zu tragen.
- (4) Unabhängig von den vorstehenden Regelungen des Abs. 3 ist es dem Auftragnehmer nicht gestattet, den zur Eintragung als geschützte Marke angemeldeten Begriff „MEHRWERT:PFLEGE“ oder ähnliche Bezeichnungen für eigene Zwecke zu nutzen. Dem Auftragnehmer ist es außerdem nicht gestattet, „MEHRWERT:PFLEGE“ als eigenes Projekt oder Produkt darzustellen oder gegenüber Dritten einen solchen Eindruck zu erwecken. Soweit der Auftragnehmer in der Außendarstellung und in der Kommunikation gegenüber Dritten seine Beteiligung oder Mitwirkung an „MEHRWERT:PFLEGE“ erwähnt, hat er deutlich zu machen, dass es sich hierbei um ein Produkt der Ersatzkassen und des vdek, das von diesen entwickelt wurde, handelt und er lediglich als deren Dienstleister an der Umsetzung mitwirkt. Die Regelungen in Abs. 3 Satz 6 und 7 gelten entsprechend.
- (5) Bei einer Verletzung der Verpflichtungen aus den Abs. 3 und 4 ist der Auftraggeber berechtigt, für jeden Fall des Verstoßes eine Vertragsstrafe in Höhe eines Betrages von

10.000 EUR festzusetzen. Das Recht zur Kündigung gem. § 16 Abs. 6 sowie die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche bleiben hiervon unberührt.

- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet Dritte, die externe Kommunikation analog zu Abs. 3 mit den Auftraggebern abzustimmen.

§ 10 Vergütung und Zahlungsbedingungen

- (1) Die Vergütung des Auftragnehmers richtet sich nach seinem Angebot und der mit den Auftraggebern jeweils abgestimmten Projektkalkulation (vgl. § 4 Abs. 3).
- (2) Die vereinbarten Beratertagesätze beinhalten vorbehaltlich der Reisekostenregelung in Abs. 6 sämtliche Material- und Sachkosten, zu denen insbesondere auch Druck- und Vervielfältigungskosten von Handouts und eingesetzten Schulungsmaterialien zählen (unabhängig davon, ob die Vorlagen hierfür vom Auftraggeber, vom Auftragnehmer oder von Dritten bereitgestellt werden), sowie die Mitwirkung an Veranstaltungen des Auftraggebers, die nicht primär der Akquise von Einrichtungen dienen und bei denen der Auftragnehmer über seine Beratungserfahrungen aus umgesetzten BGM-Projekten von MEHRWERT:PFLEGE berichtet.
- (3) Pro Beratertag wird die vom Auftragnehmer in seinem Angebot angesetzte Vergütung vergütet. Als Beratertag zählt der Einsatz eines/r Fachberaters / Fachberaterin in der Einrichtung inklusive der Vor- und Nachbereitung des Einsatzes sowie der Einsatz eines/r Fachberaters / Fachberaterin in digitaler Form für die entsprechende Einrichtung. Die kleinste Berechnungseinheit für die Prozess- und Organisationsberatung beträgt einen halben Beratertag (4 Stunden). Einzelleistungen, die den Umfang eines halben Beratertages nicht erreichen, sind zu dokumentieren und zu Paketen von einem halben oder einem ganzen Beratertag zu bündeln. Sie können abgerechnet werden, sobald sie in der Summe einen Umfang von einem halben oder einem ganzen Beratertag erreicht haben. Reisezeiten werden in diesem Zusammenhang nicht als abrechenbare Stunden betrachtet.
- (4) Eine Vergütung des zeitlichen Aufwands des Auftragnehmers für die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen mit dem primären Ziel der Akquise von Einrichtungen zur Umsetzung von MEHRWERT:PFLEGE sowie die Teilnahme an solchen durch den Auftraggeber organisierten Veranstaltungen erfolgt nur, wenn hierüber eine gesonderte Vereinbarung in Textform geschlossen wurde.
- (5) Die Vergütung von optionalen Leistungen setzt eine gesonderte Beauftragung durch den Auftraggeber in Textform voraus. Die Höhe der Vergütung richtet sich nach den Angaben des Auftragnehmers in seinem Angebot (Preisblatt) für optionale Leistungen (**Teil D**).
-

- (6) Werden vereinbarte Termine von den zu beratenden Einrichtungen weniger als 72 Stunden vor dem vereinbarten Termin abgesagt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die freigeordnete Arbeitszeit/-kraft für andere Tätigkeiten in seinem Unternehmen – vorrangig für Projekte von MEHRWERT:PFLEGE - einzusetzen. Ist dies nicht möglich, legt der Auftragnehmer konkret und einzelfallbezogen gegenüber dem Auftraggeber unter Verwendung des Formblattes nach **Anlage D.03** zu diesem Vertrag dar, warum die Arbeitszeit/-kraft des Beraters bzw. der Beraterin nicht anderweitig im Unternehmen eingesetzt werden konnte. Sofern der Auftragnehmer dies nachvollziehbar belegen kann, verständigen sich die Vertragspartner über die Vergütung der Ausfallzeiten. Kann eine zu beratende Einrichtung einen vereinbarten Termin mit dem Auftragnehmer aufgrund einer aus Gründen des Infektionsschutzes angeordneten oder anderweitig erforderlichen Zutrittsbeschränkung für die Einrichtung oder wegen einer Prüfung durch den Medizinischen Dienst oder einer sonstigen behördlichen Prüfung der Einrichtung nicht wahrnehmen, entfällt der Vergütungsanspruch des Auftragnehmers für die Ausfallzeiten abweichend von der Regelung in Satz 3 auch dann, wenn die Absage weniger als 72 Stunden vor dem vereinbarten Termin erfolgt.
- (7) Etwaig anfallende Reisekosten im Zusammenhang mit den durch den Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen werden durch den Auftraggeber gegen Nachweis zusätzlich in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen erstattet. Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass in den Nachweisen über die Reisekosten – soweit möglich – der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) als Rechnungsempfänger ausgewiesen ist. Ergänzend gilt, dass für eine notwendige Übernachtung Kosten in Höhe eines Betrages bis zu 85,00 € erstattet werden. Bei der Erstattung von Fahrtkosten mit dem eigenen Pkw wird die jeweilige Entfernung zwischen der zu beratenden Einrichtung und dem jeweils nächstgelegenen Standort des Auftragnehmers oder eines von diesem eingesetzten Nachunternehmers, an dem im Projekt MEHRWERT:PFLEGE eingesetzte Beraterinnen bzw. Berater als Dienstort tätig sind, oder – sofern die Strecke kürzer sein sollte – des Wohnsitzes der Beraterin bzw. des Beraters zugrunde gelegt. Kosten für Bahnfahrten werden bis zur Höhe der Kosten der zweiten Klasse erstattet. Flugkosten sind nicht erstattungsfähig.
- (8) Prüffähige Rechnungen des Auftragnehmers sind nach vertragsgemäß erbrachter Leistung und Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung binnen 20 Tagen zu bezahlen. Die Rechnungslegung erfolgt quartalsweise. Rechnungen müssen zu ihrer Fälligkeit den Voraussetzungen des § 14 UStG in der jeweils gültigen Fassung entsprechen. Den Rechnungen sind ferner alle den Zahlungsanspruch begründenden Belege und Nachweise beizufügen. Dies gilt insbesondere auch für den Fall, dass der Auftragnehmer im Bereich

der optionalen Leistungen die Unterstützung Dritter in Anspruch genommen hat. Rechnungen müssen zudem erkennen lassen, welchem Projekt und welcher Einrichtungen die in Rechnung gestellten Kosten zuzuordnen sind.

- (9) Alle Zahlungen erfolgen auf ein vom Auftragnehmer zu benennendes Konto.

§ 11 Datenschutz und generative KI

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die im BDSG getroffenen Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten und die in den Sozialgesetzbüchern enthaltenen Vorschriften über den Schutz der Sozialdaten (§ 35 SGB I, §§ 67 bis 85a SGB X) zu beachten und einzuhalten.
- (2) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle Personen, die zur Projektumsetzung eingesetzt werden, nach Art. 28 DS-GVO i. V. m. § 80 SGB X und § 35 Abs. 1 SGB I auf das Datengeheimnis schriftlich verpflichtet worden sind.
- (3) Näheres zum Datenschutz ist dem zwischen den Vertragsparteien abgeschlossenen Auftragsverarbeitungsvertrag und seinen Anlagen zu entnehmen.
- (4) Der Einsatz und oder die Nutzung von generativer KI bei der Erstellung der Beratungskonzepte ist nicht gestattet.
- (5) Der Einsatz und oder die Nutzung von generativer KI bei der Erstellung von
 - a) Schulungsmaterialien oder sonstigen Medien zur Nutzung in den Einrichtungen,
 - b) bei der Vorbereitung und Erstellung von Dokumenten und Medien zur Öffentlichkeitsarbeit,
 - c) bei der Erstellung von internen Protokollen und Berichten sowie Berichten für den Auftraggeberist grundsätzlich nicht gestattet. Soweit der Auftragnehmer für die in Abs. 5 benannten Zwecke generative KI einsetzen möchte, erfordert dies die vorherige Zustimmung des Auftraggebers, die mindestens in Textform erfolgen muss. Der Auftragnehmer hat zu diesem Zweck die beabsichtigte Nutzung und den beabsichtigten Anwendungsfall in Textform zu erläutern und muss nachweisen, dass die eingesetzte KI nur intern ohne Anbindung an das Internet genutzt wird, sodass ausgeschlossen ist, dass Inhalte der Eingaben in die KI oder die durch die KI generierten Ergebnisse über die eingesetzte Technik Verbreitung auf externen Servern oder in externen Clouds finden. Er hat außerdem anzugeben, welche KI-Software er nutzen wird. Der Auftragnehmer hat im Falle einer zulässigen Nutzung von KI außerdem kenntlich zu machen, welche Inhalte durch KI-generiert wurden.

§ 12 Geheimhaltung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in Zusammenhang mit dieser Vertragsdurchführung enthaltenen Informationen und fachlichen Unterlagen geheim zu halten und hierüber Stillschweigen zu bewahren. Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Auftragnehmers erforderlich ist (z. B. Prüfung einer Interessenskollision zur Vermeidung von Interessenskonflikten, Durchführung von Qualitätskontrollen, Abrechnung) oder dieser nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist. Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte bleiben unberührt.
- (2) Diese Geheimhaltungspflicht erstreckt sich auch auf die Organe, Arbeitnehmer und Mitarbeiter ohne Arbeitnehmerstatus auf Seiten des Auftragnehmers und seiner externen befassten Personen. Diese sind entsprechend zur Geheimhaltung zu verpflichten.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet die für ihn tätigen Personen, über alle Angelegenheiten, die ihnen im Rahmen der Tätigkeit nach diesem Vertrag zur Kenntnis kommen, Stillschweigen zu bewahren. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung dieses Vertrages fort. Sie entfällt nur, soweit der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sowie ggf. einbezogene Unterauftragnehmer schriftlich von der Schweigepflicht entbunden werden.

§ 13 Exklusivität der Zusammenarbeit

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, das im Rahmen dieses Vertrages und der Zusammenarbeit gewonnene Wissen und insbesondere das spezifische mit der Umsetzung von MEHRWERT:PFLEGE gewonnene Knowhow einschließlich der durch den Auftraggeber bereitgestellten Instrumente/ Tools nicht in die Dienste von mit den Auftraggebern in fachlich-inhaltlicher Konkurrenz stehender Unternehmen oder Körperschaften zu stellen. Diese Verpflichtung gilt über die Dauer der Vertragslaufzeit hinaus für weitere zwei Jahre.
- (2) Der Auftragnehmer hat die Pflichten aus Abs. 1 in schriftlicher Form an die von ihm eingesetzten Mitarbeitenden sowie an etwaig eingesetzte Nachunternehmer weiterzugeben, und die Erfüllung der Weitergabeverpflichtung gegenüber dem Auftraggeber fortlaufend nachzuweisen.

§ 14 Gewährleistung, Haftung, Versicherungsschutz

- (1) Der Auftragnehmer wird die Leistungen nach besten Kräften unter Zugrundelegung der vereinbarten Qualitäts- und Beratungsstandards durchführen. Die Wahl der dafür eingesetzten Mittel entspricht den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit.
- (2) Wird eine unter diesen Vertrag fallende Leistung nicht vertragsgemäß (nicht oder nicht vollständig, nicht in der geschuldeten Qualität, nicht rechtzeitig, Verletzung von Neben- und Mitwirkungspflichten etc.) erbracht, ist der Auftragnehmer zur Nachbesserung verpflichtet und haftet für etwaige in Zusammenhang mit der nicht vertragsgemäßen Erbringung der Leistung verursachten Schäden.
- (3) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht vertragsgemäß, ist ihm nach einer Aufforderung in Textform zur Mangelbeseitigung („Rüge“) nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften ein Recht auf Nachbesserung innerhalb angemessener Fristen zu gewähren. Das Recht auf Nachbesserung entfällt, wenn der Auftragnehmer diese ernsthaft und endgültig verweigert hat oder die Nachbesserung für den Auftraggeber unzumutbar ist oder diese keinen Erfolg verspricht.
- (4) Wird eine unter diesen Vertrag fallende Leistung nicht vertragsgemäß erbracht, so bestimmen sich die Rechte des Auftraggebers, soweit keine Nachbesserung erfolgt ist bzw. die Nachbesserung nicht oder nicht fristgerecht durchgeführt worden oder aus sonstigen Gründen gescheitert oder entbehrlich ist, nach den gesetzlichen Vorschriften der §§ 633 ff. BGB.
- (5) Der Auftraggeber ist dann insbesondere berechtigt, die Vergütung des Auftragnehmers angemessen zurückzubehalten oder zu mindern, einen Dritten auf Kosten des Auftragnehmers mit der Durchführung der nicht vertragsgemäß erbrachten Leistung zu beauftragen und/oder Schadensersatz zu verlangen. Der Auftraggeber ist im Falle der nicht vertragsgemäßen Leistung auch berechtigt, den Auftragnehmer von dem Abruf weiterer Einzelaufträge auszunehmen.
- (6) Der Auftraggeber ist nach einer in Textform versandten Nachfristsetzung mit Kündigungsandrohung berechtigt, diesen Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen, wenn die Nachfrist angemessen war und fruchtlos verstrichen ist und es sich um wesentliche Leistungen handelt oder eine Vielzahl unwesentlicher Leistungen betroffen ist. Wesentliche Leistungen sind – sofern diese Leistung durch den Auftraggeber abgerufen worden ist - bezogen auf eine oder mehrere Maßnahmen beispielsweise:
 - die im Rahmen dieses Vertrages und des jeweiligen Einzelauftrages vereinbarten Ziele und beschriebenen Aufgaben werden nicht, nicht vollständig oder schlecht erfüllt bzw.
 - die Umsetzung erfolgt nicht unter Berücksichtigung der Ausschlusskriterien gemäß dem Leitfadens Prävention

- (7) Im Übrigen richten sich Gewährleistung und Haftung nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (8) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den im Rahmen des vorangegangenen Vergabeverfahrens geforderten Versicherungsschutz für die gesamte Dauer der Rahmenvereinbarung aufrecht zu erhalten und dem Auftraggeber jederzeit auf Verlangen nachzuweisen.

§ 15 Nutzungsrechte

- (1) Der Auftraggeber hat das in jeder Hinsicht uneingeschränkte und ausschließliche Recht, die Ergebnisse des Projektes zu verwenden und zu neuen Produkten weiterzuentwickeln. Die mediale Veröffentlichung der im Projekt insgesamt sowie bei der Ausführung der Einzelaufträge gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse z. B. in der Presse steht allein dem Auftraggeber zu.
- (2) Soweit der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Erfüllung der rahmenvertraglichen Verpflichtungen die Nutzung und / oder Einbindung von Konzepten vorgibt, die der Auftraggeber entwickelt oder mitentwickelt hat oder während der Vertragslaufzeit noch (mit-) entwickeln wird, hat der Auftragnehmer bei der Nutzung und Einbindung dieser Konzepte die daran bestehenden Rechte des Auftraggebers oder sonstiger Rechteinhaber uneingeschränkt zu wahren. Er erwirbt durch Nutzung und Einbindung in seine Beratungsleistung, keine eigenen Rechte und wird nicht zum Mitberechtigten an bestehenden Rechten.
- (3) Etwaige bei der Umsetzung des Projekts beim Auftragnehmer anfallende neue Erkenntnisse, einschließlich schutzfähiger Neuerungen stehen zunächst den Auftraggebern zur uneingeschränkten Nutzung zur Verfügung. Die Vertragspartner vereinbaren, sich darüber zu verständigen, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen der Auftragnehmer an neuen Erkenntnissen der (gesundheitsfördernden) Organisationsentwicklung partizipieren kann.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für den Fall der Beauftragung Dritter sicherzustellen, dass hieraus etwaig resultierende Nutzungs- und Urheberrechte des Dritten den Auftraggebern zur ausschließlichen, übertragbaren, unterlizenzierbaren, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkten Nutzung unentgeltlich überlassen werden.
- (5) Der Auftragnehmer sichert zu, dass die von ihm erbrachten Leistungen frei von Rechten Dritter sind bzw. dass ihm etwaige Rechte Dritter zur eigenen Nutzung sowie zur Überlassung an Dritte eingeräumt wurden. Verletzt er diese Pflicht, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber von etwaigen Ansprüchen, die auf der Verletzung von Rechten Dritter beruhen, freizustellen.

§ 16 Laufzeit / Kündigung

- (1) Der Vertrag beginnt mit der Zuschlagserteilung und endet am 31.12.2032. Einzelaufträge, die auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung vor Vertragsende erteilt wurden, sind zu den Konditionen der Rahmenvereinbarung in Verbindung mit den Konditionen der Einzelbeauftragung über das Ende der Laufzeit der Rahmenvereinbarung hinaus zu erfüllen.
- (2) Der Auftraggeber hat das Recht, die Rahmenvereinbarung durch einseitige Erklärung bis zum 31.12.2034 zu verlängern. Die Verlängerungsoption kann nach Wahl des Auftraggebers gegenüber einzelnen oder allen Partnern der Rahmenvereinbarung ausgeübt werden. Die Ausübung der Option muss dem jeweiligen Partner der Rahmenvereinbarung spätestens bis zum 30.09.2032 in Schriftform zugehen. Im Fall der Ausübung der Verlängerungsoption erhöht sich das in § 1 Abs. 2 definierte Volumen der abrufbaren Beratertage anteilig im Verhältnis dieser Höchstmenge zur Laufzeit der Rahmenvereinbarung nach § 16 Abs. 1.
- (3) Reicht der Regelungsgehalt einzelner Vorschriften dieses Vertrages über die Vertragslaufzeit hinaus, bleiben diese Vorschriften insoweit auch nach Ende der Vertragslaufzeit wirksam.
- (4) Eine ordentliche Kündigung / vorzeitige Beendigung der Rahmenvereinbarung ist ausgeschlossen.
- (5) Der Auftraggeber ist zur ordentlichen Kündigung eines Einzelauftrags mit einer Frist von zwei Wochen berechtigt. Die ordentliche Kündigung eines Einzelauftrags durch den Auftragnehmer ist ausgeschlossen.
- (6) Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt. Die fristlose Kündigung kann sich dabei auf die Rahmenvereinbarung oder den erteilten Einzelauftrag beziehen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere in den Fällen der Schlechtfüllung oder des Verzuges im Sinne von § 14 sowie der fehlenden Erfüllung der Verpflichtung zum Gesundheits- oder Impfnachweis i. S. v. § 7 Abs. 3, der Verletzung der Verpflichtung zur neutralen Beratung sowie zur Vermeidung von Interessenkonflikten gemäß § 8 Abs. 1 und 3, einer Verletzung der Verpflichtungen zum Schutz der Marke „MEHRWERT:PFLEGE“ i. S. v. § 9 Abs. 4 unabhängig von einer markenrechtlichen Eintragung und des Verstoßes gegen die Exklusivität der Zusammenarbeit gemäß § 13 vor, oder wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem kündigenden Vertragspartner unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der Interessen beider Vertragspartner die Fortsetzung des Vertrags nicht mehr zugemutet werden

kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus der Rahmenvereinbarung, muss der Kündigung eine erfolglose Abmahnung oder der erfolglose Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist vorausgehen. Dies gilt nicht, wenn nach der gesetzlichen Wertung eine Abmahnung oder eine Fristsetzung zur Abhilfe entbehrlich sind (§ 314 Abs. 2 Satz 2 BGB).

- (7) Der Auftraggeber kann die Rahmenvereinbarung oder den Einzelauftrag insbesondere dann ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn
- der Auftragnehmer in sonstiger Weise seine Pflichten aus diesem Vertrag in grober Weise verletzt, insbesondere ohne schriftliche Zustimmung einen Nachunternehmer beauftragt oder seine Mitarbeiter nicht entsprechend den einschlägigen rechtlichen Regelungen beschäftigt oder
 - ein Grund für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers vorliegt oder
 - die in der Ausschreibung genannten Anforderungen an die Zuverlässigkeit des Auftragnehmers oder der durch ihn beauftragten Nachunternehmer nicht mehr erfüllt werden, insbesondere wenn Verpflichtungen zur Zahlung von Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen nicht nachgekommen wird, Verstöße gegen das Arbeitnehmerentsendegesetz oder das Mindestlohngesetz vorliegen,
 - der Auftragnehmer oder die durch ihn eingesetzten Arbeitskräfte gegen die Vereinbarungen zum Datenschutz verstoßen
 - der Auftragnehmer oder ein von ihm eingesetzter Dritter (z.B. Nachunternehmer) gegen die Vorgaben zur Vertraulichkeit verstößt.
- (8) Im Falle der Kündigung aus wichtigem Grund kann der Auftragnehmer die Vergütung nur der bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung erbrachten Leistungen verlangen, soweit diese für den Auftraggeber verwertbar sind; weitere Ansprüche des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, wenn und soweit nicht der Auftraggeber die Kündigung aus wichtigem Grund zu vertreten hat. Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
- (9) Jede Kündigung hat schriftlich (Brief oder Telefax; Email oder Versand per Email hier nicht ausreichend) zu erfolgen.
- (10) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nach Ausspruch einer Kündigung die Dokumentation seiner bislang erbrachten Leistungen sowie noch nicht fällige Zwischenbericht in dem zum Kündigungszeitpunkt vorhandenen Entwurfsstadium unverzüglich herauszugeben.
-

Ein Zurückbehaltungsrecht hieran besteht nicht. Gesetzliche Vorschriften und Anforderungen im Hinblick auf eine Aufbewahrungspflicht bleiben daneben unberührt. Dies gilt entsprechend bei regulärem Vertragsende.

- (11) Die Auftraggeber können die Vereinbarung nur gemeinsam und einheitlich kündigen. Endet die rechtliche Existenz eines Auftraggebers ohne Rechtsnachfolge haben sich die verbleibenden Auftraggeber und der Auftragnehmer unter Berücksichtigung der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen und unter besonderer Beachtung des Wirtschaftlichkeitsgebotes gemäß § 12 Abs. 1 SGB V über eine Anpassung der Rahmenvereinbarung zu verständigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, sind die Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigt.

§ 17 Wegfall des gesetzlichen Auftrags; aufsichtsrechtliche Weisung

- (1) Für den Fall, dass der gesetzliche Auftrag des Auftraggebers aus § 20b SGB V während der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung vorübergehend oder dauerhaft entfällt, kann der Auftraggeber die Rahmenvereinbarung und auch die erteilten Einzelaufträge außerordentlich kündigen. Entsprechendes gilt für den Fall, dass die Aufsichtsbehörden des Auftraggebers diesen zur Beendigung der Rahmenvereinbarung oder erteilter Einzelaufträge anweisen.
- (2) Der Auftragnehmer hat im Fall einer solchen Kündigung keinen Anspruch auf Ersatz von Schäden oder entgangenem Gewinn. Er kann lediglich die Vergütung der bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung bereits erbrachten und nachgewiesenen Beratungsleistungen sowie ggf. angefallener Auslagen zu den vereinbarten Konditionen verlangen. Alle weitergehenden Ansprüche sind ausgeschlossen.

§ 18 Sonderregelung für vorübergehende Leistungshindernisse aufgrund eines Infektionsgeschehens

- (1) Sollte eine Vertragspartei aufgrund von behördlichen Warnungen, Entscheidungen oder sonstigen mit einem Infektionsgeschehen in unmittelbaren Zusammenhang stehenden Auswirkungen, die keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisen und die auch durch äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht abwendbar sind, an der ordnungsgemäßen Vertragserfüllung gehindert sein, so verlängern sich die vertraglichen Ausführungsfristen angemessen. Eine solche Hinderung ist auch dann anzunehmen, wenn die zu beratende Einrichtung aus den in Satz 1 genannten Gründen an der Mitwir-

kung gehindert ist. Keine der Vertragsparteien kann in diesem Fall Schadenersatzansprüche, Verzugsschaden- oder Aufwendungsersatzansprüche, Vertragsstrafen oder Gestaltungsrechte, insbesondere Rücktritts- oder Kündigungsrechte, geltend machen.

- (2) Die Vertragspartei, die sich aufgrund unmittelbarer Auswirkungen i. S. v. Abs. 1 an der Leistung gehindert sieht, muss die andere Vertragspartei hierüber unverzüglich in Textform informieren und mit der Information die voraussichtlichen Auswirkungen auf ihre Leistungsfähigkeit und die Vertragserfüllung darlegen. Für das Vorliegen der unmittelbaren, nicht unter zumutbaren Bedingungen anders abwendbaren Auswirkungen i. S. v. Abs. 1 ist diejenige Vertragspartei, die sich an der Leistung gehindert sieht, darlegungs- und beweispflichtig.
- (3) Die Vertragspartei, die sich auf unabwendbare Auswirkungen i. S. v. Abs. 1 berufen hat, muss den Wegfall dieses speziellen Leistungshindernisses unverzüglich schriftlich anzeigen. Die Vertragsparteien werden dann angemessene, neue Ausführungsfristen im Sinn eines kooperativen Zusammenwirkens und im Interesse des Gelingens des Gesamtprojektes vereinbaren.
- (4) Nach Wegfall des Leistungshindernisses i. S. d. Abs. 1 leben die vertraglichen Verpflichtungen beider Vertragsparteien vollumfänglich wieder auf. Im Fall der Insolvenz einer Vertragspartei gilt das nur, wenn der Insolvenzverwalter die Erfüllung des Vertrages verlangt.

§ 19 Änderungen der Vereinbarung, Salvatorische Klausel, Geltung ergänzender Vorschriften

- (1) Alle Änderungen zu dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für das Schriftformerfordernis selbst. Nebenabreden bestehen nicht.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung unwirksam oder undurchführbar werden oder enthält diese Rahmenvereinbarung eine Regelungslücke, bleibt davon die Wirksamkeit der Rahmenvereinbarung im Übrigen unberührt. An Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Auffüllung werden die Vertragsparteien eine Regelung treffen, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vereinbarungsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben.
- (3) Im Übrigen gelten die gesetzlichen Regelungen der §§ 53 ff. SGB X und ergänzend die Vorschriften des BGB.

§ 20 Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsstand

- (1) Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder über diese Rahmenvereinbarung ist Berlin.

Berlin, den
Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
Ulrike Elsner

Ort, den
Auftragnehmer